



Gemeinsam stark

BK 2025-2-3

Die Kolpingjugend Deutschland zur Wehrdienstdebatte

Fragen von Krieg und Frieden, von Sicherheit und globaler Gerechtigkeit haben die Kolpingjugend schon immer bewegt. Doch dabei dachten wir vor allem an Entwicklungszusammenarbeit, internationale Solidarität oder humanitäre Hilfe – nicht an eine mögliche Bedrohung Europas oder gar an die Verteidigungsfähigkeit im eigenen Land. Dass wir uns heute intensiv mit Fragen von Wehrpflicht und Sicherheitspolitik im Inland auseinandersetzen müssen, hätten wir uns vor wenigen Jahren noch nicht vorstellen können.

Die Realität hat sich jedoch verändert.^{1,2} Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine verdeutlicht, dass Frieden und Sicherheit in Europa nicht selbstverständlich sind. Neue Bedrohungsformen – Cyberangriffe und hybride Kriegsführung – zeigen, wie gezielt auch kritische Infrastrukturen angegriffen werden.^{3,4} Weltweit verschärfen Kriege und Konflikte humanitäre Krisen.

Diese Entwicklungen fordern unser bisheriges Friedensverständnis heraus. Sie machen deutlich: Sicherheit muss umfassend gedacht werden – gesellschaftlich, sozial, politisch und militärisch.

Forderungen der Kolpingjugend Deutschland auf Grundlage unserer Leitsätze im Rahmen einer wertegeleiteten Friedenspolitik:

Werte als Grundlage. Jede sicherheitspolitische Entscheidung muss auf den Grundwerten der Menschenwürde, Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit beruhen. Verteidigung ist kein Selbstzweck, sondern dient der Wahrung der Würde und Sicherheit aller Menschen.

Friedensarbeit stärken. Wehrhaftigkeit allein reicht nicht. Nachhaltige Friedenspolitik braucht zusätzlich gleichwertige Investitionen in Diplomatie und zivile Konfliktbearbeitung sowie Förderung internationaler Organisationen. Prävention und Dialog sind die tragenden Säulen.

Demokratische Resilienz fördern. Die Sicherung des Friedens ist eng verbunden mit dem Schutz unserer Demokratie. Politische Bildung, Demokratieförderung und die Bekämpfung von Desinformation müssen systematisch ausgebaut werden.

Forderungen der Kolpingjugend Deutschland im Rahmen des freiwilligen Neuen Wehrdienstes:

Beteiligung junger Menschen. Junge Menschen werden verbindlich, frühzeitig und ernsthaft bei allen politischen Vorhaben, die ihre Lebensrealität betreffen, beteiligt. Deshalb müssen sie im aktuellen Gesetzgebungsprozess unverzüglich und dauerhaft involviert werden.

Gleichstellung umsetzen. Im Einklang mit dem Gleichheitsgebot des Grundgesetzes (Art. 3) sind alle Geschlechter beim Neuen Wehrdienst gleich zu behandeln. Gleichzeitig darf Engagement für die Demokratie nicht auf junge Menschen beschränkt bleiben, sondern soll generationenübergreifend gestaltet werden.

Freiwilligkeit sichern. Die Entscheidung junger Menschen für einen Dienst in der Bundeswehr muss auf der Grundlage der Freiwilligkeit getroffen werden, ohne Druck, ohne subtile Beeinflussung und ohne einseitige Erwartungshaltungen. Für eine selbstbestimmte Entscheidung sind transparente Informationen und eine ehrliche Aufklärung über Chancen und Risiken

unerlässlich. Im Sinne der Teilhabe wird jungen Menschen das Recht zugestanden, Entscheidungen auf der Grundlage von Reflexion und Eigenständigkeit zu treffen.

Gleichwertigkeit von Militär- und Zivildienst. Im Erfassungsverfahren wird auf die Gleichwertigkeit von militärischem Wehrdienst und zivilgesellschaftlichem Dienst verwiesen und darüber aufgeklärt. Der versendete Fragebogen soll das Interesse an einem der beiden Dienste abfragen und gleichzeitig eine aktive Kriegsdienstverweigerung obsolet machen.

Finanzielle Ausgewogenheit. Ein zeitgemäßes Verständnis von gesellschaftlicher Verantwortung erfordert die gleichwertige Anerkennung und Förderung aller Engagementformen. Das bedeutet konkret: Unterschiedliche Anreize können geschaffen werden, solange die Rahmenbedingungen so ausgestaltet sind, dass junge Menschen davon ein selbstbestimmtes Leben führen können (z. B. durch den Mindestlohn oder die Sicherung des Existenzminimums).

Einbindung zivilgesellschaftlicher Organisationen. Ohne die Strukturen zivilgesellschaftlicher Organisationen ist ziviles Engagement nicht realisierbar. Diese müssen systematisch in die Konzeption, Umsetzung und Begleitung eingebunden und finanziell gestärkt werden.

Zusätzliche Forderungen der Kolpingjugend Deutschland im Rahmen des verpflichtenden Neuen Wehrdienstes (durch Spannungs- und Verteidigungsfall oder § 2a Wehrdienstmodernisierungsgesetz):

Klare Kriterien für Pflichten. Es braucht klare Kriterien, wann eine „sicherheitspolitische Lage“ vorliegt, die den Neuen Wehrdienst zu einer Pflicht werden lassen. Bis das nicht geklärt ist, gilt keine Einberufung im Frieden, sondern nur in den vom Grundgesetz vorgesehenen Fällen.

Transparenz und parlamentarische Kontrolle. Jede Entscheidung über verpflichtende Dienste muss durch den Bundestag erfolgen und transparent kommuniziert werden. Nur so kann verhindert werden, dass sich sicherheitspolitische Maßnahmen nicht in Richtung Militarismus bewegen und die Mittel im Sinne der Demokratie eingesetzt werden und nicht gegen sie.

Wahlfreiheit in der Verpflichtung. Sollte ein verpflichtender Dienst eingeführt werden, muss die Freiwilligkeit innerhalb der Pflicht gewahrt bleiben: Jede*r wählt selbstbestimmt, ob er*sie einen militärischen oder einen zivilen Dienst leistet.

Der Einsatz für Frieden ist keine naive Hoffnung, sondern konkrete Verantwortung. Deutschland trägt eine besondere Rolle für den Erhalt von Frieden und Demokratie in Europa und weltweit. Diese Verantwortung verpflichtet uns, die Menschenwürde zu schützen – durch eine klare Haltung, die auf Diplomatie, Solidarität und Aufklärung setzt, und wo es unumgänglich ist, auch durch die Fähigkeit zur Verteidigung. Für die Kolpingjugend heißt das: Friedenspolitik muss immer im engen Miteinander von zivilgesellschaftlichen und militärischen Kräften demokratisch legitimiert und werteorientiert gestaltet werden.

¹ Jung u.a., *Was muss Europa jetzt tun, General Brieger?* Bundesministerium des Innern, *Verschärfte Sicherheitslage in Deutschland*, <https://www.zdfheute.de/politik/ausland/russland-bedrohung-europa-sicherheit-100.html>.

² Auswärtiges Amt, *Nationale Sicherheitsstrategie Wehrhaft. Resilient. Nachhaltig. Integrierte Sicherheit für Deutschland*.

³ Sperling, *Hybride Bedrohungen Die Bedrohung durch Russland im Cyber- und Informationsraum*; Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, *Hybride Bedrohungen*,

<https://www.bundeswehr.de/de/organisation/cyber-und-informationsraum/aktuelles/bedrohung-russland-cyber-informationsraum-5981306>.

⁴ Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, *Hybride Bedrohungen*, https://www.bbk.bund.de/DE/Themen/Kritische-Infrastrukturen/KRITIS-Gefahrenlagen/Hybride-Bedrohungen/hybride-bedrohungen_node.html.

Hintergrund

Der Einsatz für Frieden bildet einen Grundpfeiler unseres politischen, gesellschaftlichen und religiösen Selbstverständnisses. Das Grundgesetz verpflichtet uns ausdrücklich, „dem Frieden der Welt zu dienen“.⁵ Aus der Geschichte wissen wir: Krieg, Gewalt und Diktatur führen zu unermesslichem Leid und stehen im Widerspruch zur Würde des Menschen (Art. 1 Grundgesetz). Daraus erwächst für uns eine Verantwortung, für eine Friedenspolitik einzutreten, die glaubwürdig, realistisch und wertegeleitet ist.

Die Aussetzung der Wehrpflicht im Jahr 2011 durch den damaligen Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) markierte einen historischen Einschnitt.⁶ Sie spiegelte die damalige gesellschaftliche Einschätzung wider, dass Europa in stabilen Friedenszeiten lebte. Ausdruck dieses Selbstverständnisses war die Verleihung des Friedensnobelpreises an die Europäische Union für ihr Engagement für Demokratie und Menschenrechte.⁷

Wir stellen fest: Heute ist die Situation eine andere.^{8,9} Die Realität unserer Zeit stellt unser Verständnis von Frieden vor neue Herausforderungen. Aggressoren beenden Gewalt nicht durch Bitten oder Appelle, und Wehrlosigkeit schützt nicht vor Angriffen. Frieden kann nur gewahrt werden, wenn Gesellschaften die Fähigkeit besitzen, sich zu verteidigen und Grenzen der Aggression klar zu markieren. „Nie wieder Krieg“ und „Nie wieder Wehrlosigkeit“ sind daher keine Gegensätze, sondern zwei Seiten derselben Verantwortung.

An dieser Stelle setzt die Bundesregierung mit Maßnahmen zur Verbesserung der Landes- und Bündnisverteidigung an. Neben Investitionen durch das Sondervermögen in verteidigungs-

und sicherheitsrelevante Bereiche soll die Einführung eines neuen Wehrdienstes zu einem Aufbau der personellen Reserve in der Bundeswehr führen.

Die geplanten Maßnahmen aus dem Kabinettsentwurf des Neuen Wehrdienstes stellen dabei tiefgreifende Eingriffe in die Freiheitsrechte junger Männer dar. Die verpflichtende Erhebung von Daten in Kombination mit Musterung und Bereitschaftserklärung führt faktisch zu einer Priorisierung für potenzielle Einberufungen. Dies widerspricht dem Prinzip der freiwilligen Entscheidung für einen Wehrdienst. Die Beteiligung junger Menschen am Gesetzgebungsprozess blieb bislang aus. Dies widerspricht nicht nur den grundlegenden Prinzipien von Teilhabe, sondern auch den Grundsätzen von Gleichstellung, intergenerationaler Solidarität und Generationengerechtigkeit.

Weiterhin führt die einseitige Fokussierung auf einen militärischen Dienst zu einer Asymmetrie, bei der Engagement im sozialen Bereich als weniger wertvoll erachtet und symbolisch abgewertet wird. Ein zeitgemäßes Verständnis von gesellschaftlicher Verantwortung erfordert jedoch die Anerkennung und Förderung sämtlicher Formen freiwilligen Engagements im Sinne der Stärkung unserer Demokratie.

Zuletzt umgeht die neue Verordnungsermächtigung (§ 2a) die hohen verfassungsrechtlichen Hürden für eine Einberufung im Spannungs- oder Verteidigungsfall (Art. 80a i.V.m. 115a Grundgesetz). Dies schwächt demokratische Kontrollmechanismen und gefährdet das Vertrauen in rechtsstaatliches Handeln.

Beschlossen durch die Bundeskonferenz der Kolpingjugend Deutschland am 28. September 2025.

⁵ Grundgesetz, Präambel.

⁶ Deutscher Bundestag, *Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht beschlossen*, https://www.bundestag.de/webarchiv/textarchiv/2011/33831649_kw12_de_wehrdienst-204958.

⁷ Generaldirektion Kommunikation, *Europäische Union erhält Friedensnobelpreis 2012*, [\[corner.learning.europa.eu/history-european-union/2010-2019/2012/eu-nobel_de\]\(https://corner.learning.europa.eu/history-european-union/2010-2019/2012/eu-nobel_de\).](https://learning-</p></div><div data-bbox=)

⁸ Jung u. a., *Was muss Europa jetzt tun, General Brieger?*, Bundesministerium des Innern, *Verschärfte Sicherheitslage in Deutschland*, <https://www.zdfheute.de/politik/ausland/russland-bedrohung-europa-sicherheit-100.html>.

⁹ Auswärtiges Amt, *Nationale Sicherheitsstrategie Wehrhaft. Resilient. Nachhaltig. Integrierte Sicherheit für Deutschland*.